

**Abonnements-Preis**

von der Reichlichen Verlagsanstalt  
"Neue Welt" steht. Derzeitige  
Preis 60 Pf. bei halbjährlicher  
Lieferung. Bei Bestellung im Voraus  
nach die Post bezogen (Post-  
zeitungsbillets) 70 Pf. pro Vierteljahr.  
Bei halbjährlicher Lieferung  
1,20. Unter Kreuzband für  
Kaufleute und Buchhändler 1,50.  
Für alle übrigen Verleger 2 Mk.  
pro Vierteljahr.

**Redaktion:**

Kimonstraße 61, 1. Etage.  
Geschäfts-  
stunden von 10 bis 1 Uhr.  
Telefon: Amt 1, Nr. 4807.

**Telegraphen-Adressen:**

"Arbeiter-Zeitung".

**Sächsische**

**Arbeiter-Zeitung**

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 5. Dresden, Sonnabend den 8. Januar 1898. 9. Jahrgang.

**Politische Uebersicht.**

Dresden, 7. Januar.

**Die kapitalistische Entwicklung 1897 und die nächsten Aussichten.**

1. Der Umschwung auf dem Weltmarkt.

Als wir im Frühjahr 1896, zum erstenmal seit den unergänzlichen Schilderungen eines Karl Marx, es gewagt haben, eine kritische sozialistische Uebersicht des Weltmarkts zu geben, da war es vor allem notwendig, die Krisen, selbst eines wirtschaftlichen Aufschwungs nachzuweisen. Man befand sich noch allgemein in der Stimmung der wirtschaftlichen Depression und sah der aufsteigenden Produktionsentwicklung mit Misstrauen entgegen, das besonders groß in den Reihen der Sozialdemokratie war. Das letztere ist schon deshalb begründet, weil wir ja unsere Stelle auf der Schattenseite der kapitalistischen Gesellschaft aufgeschlagen haben: der fortschreitenden Produktionsentwicklung sehen wir deshalb ihren Schattenwurf voraussehen: die Krise. Sodann aber sind die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, wenn es sich um die Wahrnehmung der Produktionsentwicklung handelt, überhaupt die Späterkommenden und nur gar oft die Aupätkommenden. Die Unternehmer sind ja die Leiter der Produktion — sie empfangen die Bestellungen, von denen die Arbeiter nichts erfahren, bevor sie zur Ausführung gebracht werden. Die Unternehmer suchen sich durch ihre Geschäftsagenten, auf der Börse und durch die Handelszeitungen über die Marktlage zu orientieren. Was wissen aber von alledem die Arbeiter? Die Produktionssteigerung muß deshalb bereits sehr große Kreise umfassen, sie muß einen allg. m. einen Charakter angenommen haben, bevor sie den Arbeitern zum Bewußtsein tritt. In England haben sich nun die Arbeiter in den mächtigen und vorzüglich organisierten Gewerkschaften die Worte geschaffen, von der aus die Marktlage im Interesse der Arbeiter beobachtet wird. Die Trade Unions haben sich jedenfalls gewöhnt, ein scharfes Auge auf die Handelsentwicklung zu halten. Die deutschen Gewerkschaften aber sind bekanntlich in dieser, wie in allen anderen Beziehungen noch weit zurück. Und was die parlamentarische Organisation der Arbeiterklasse anbetrifft, so zeigte gerade der jetzige wirtschaftliche Aufschwung vor allem zwei Dinge: 1. wie wenig die parlamentarische Vertretung der Arbeiter, die man jetzt allgemein mit Sozialdemokratie bezeichnet, sich außerhalb des Parlaments, im wirtschaftlichen Kampf als Macht zu entfalten vermag; 2. wie sehr sie sich selbst im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Entwicklung sieht. Für die offizielle Sozialdemokratie datiert der industrielle Aufschwung eigentlich erst von dem Moment an, als der Finanzminister ihn in seinen Rechnungen entdeckte und dem ehrtauten Reichstag die Steigerung der Staatseinnahmen verkündete. Seitdem ist inner- und außerhalb des Reichstags der industrielle Aufschwung zur allgemeinen Anerkennung gelangt, ja die Regierung blickt auf den industriellen Aufschwung all ihre Rechnungen und Pläne, als wäre ihr Fortunas Schlüssel in den Schloß gefallen.

Wir haben von vornherein und dann wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten vor der beschränkten Auffassung gewarnt, die in den jetzigen Vorgängen auf dem Weltmarkt bloß die Produktionssteigerung mit der ihr rascher oder langsamer nachfolgenden Krise sieht. Wir stellten fest, daß es sich um einen neuen Abschnitt der Weltmarktentwicklung handelt: die Zeit der wirtschaftlichen Depression wird erzieht durch eine neue Sturm- und Drangperiode des Kapitals. Im Drang der sich übersteigenden neuen Entwicklung ist jene frühere Zeit in ihren Charakterzügen beinahe schon dem Gedächtnis entschwunden. Wir wollen deshalb diesmal unsere Betrachtungen mit einem Rückblick auf die wirtschaftliche Depression, die mit dem Jahr 1894 zum Abschluß ging, einleiten. Das ist durchaus notwendig, um den sich vorziehenden Umschwung auf dem Weltmarkt zum Verständnis zu bringen.

Die wirtschaftliche Depression ist keineswegs mit einer Handelskrisis zusammenzusetzen; im Gegenteil, sie trat erst nach der Handelskrisis der sechziger Jahre ein. Die wirtschaftliche Depression war ein Zustand der verlangsamten Produktionsentwicklung: sie hatte selbst ihre Perioden des Aufschwungs und der Krise, nur spielte sich alles in geringerer Maßstabe ab, verlief schneller, der Aufschwung hatte noch nicht einmal Zeit, sich zu entfalten, als ihm bereits der Niedergang folgte, der deshalb weniger schroff auftrat und seinerseits leichter überwunden wurde.

\*) Unter diesem allgemeinen Titel beschäftigen wir, in einer Reihe von Artikeln eine kritische Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Jahre 1897 zu geben. Steht für uns auch Deutschland im Vordergrund der Betrachtungen, so handelt es sich doch gerade darum, Deutschlands Entwicklung als Stück des allgemeinen kapitalistischen Weltgeschehens zu begreifen.

Der Grund der wirtschaftlichen Depression ist in der eigentümlichen Rückwirkung der kolonialen Entwicklung Amerikas auf das kapitalistische Europa zu suchen. Die mit der Einwanderung rasche Entwicklung der Getreideanbaufläche auf Grund und Boden, der nun keiner Grundrente belastet war, in Verbindung mit der ungeheuren Verbilligung der Frucht, Sicherung und Beschleunigung des Ozeanverkehrs durch die Dampfschiffahrt hat einen konstant sinkenden Getreidepreis zur Folge gehabt. Das war eine bis dahin dem kapitalistischen Weltmarkt gänzlich unbekannt Erscheinung. Gewiß schwankten die Getreidepreise stets unter dem Einfluß der Ernte, auch gab es Agrarkrisen, plötzlichen Preissturz des Getreides, aber im allgemeinen war die Steigerung des Getreidepreises ebenso die ausgesprochene Tendenz des kapitalistischen Handelsmarkts, wie das Sinken des Preises der Fabrikate. Deshalb, wie die kapitalistische Industrie auf der Verbilligung, so beruht die kapitalistische Landwirtschaft mit ihrem ganzen Apparat der Hypothekendarlehnung und der Internistation des Betriebes auf der Wertenerkung des Produkts, auf der Steigerung des Getreidepreises, der Grundrente, des Bodenpreises. Durch das Sinken des Getreidepreises ist nun zunächst diese kapitalistische Entwicklung der europäischen Landwirtschaft unterbunden worden. Es wirkte eminent kontervenierend. Entsprechend der verschiedenen Preisstufen spielt sich sonst der Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft nicht auf dem Getreidemarkt, sondern auf dem Markt der Bodenverkäufe, in der Konkurrenz um den Bodenbesitz ab. Unter dem amerikanischen Preisdruck konnte aber der europäische Großgrundbesitzer an eine Erweiterung des Betriebs nicht denken, er schied also aus der Konkurrenz um den Bodenbesitz aus. Der Bauer verelendete, aber er blieb auf seiner, wenn auch kleiner gewordenen und veräußerten Parzelle sitzen, weil niemand da war, um ihn von ihr zu verdrängen. Die Prozeß der Kapitalisierung der Grundrente wurde aufgehalten. Die Verdrängung stieg zwar, aber nicht in Gefolgschaft des steigenden Bodenpreises, sondern als steigende prozentuale Belastung des Bodens, sie bedeutete nicht eine Verdrängung wie sonst, sondern eine Verarmung des Kulturbesitzers. Die großen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, die Branntweinbrennerei, Zuckerfabrikation, Bierbrauerei, entwickelten sich, aber nicht mehr getragen von den hohen Getreidepreisen, sondern als Vorbehalt, als Verlast, durch Vermehrung des industriellen Profits das Sinken der Grundrente zu kompensieren — deshalb wurde, wo es nur anging, das Schwergewicht der ganzen Wirtschaft in diesen "Nebenbetrieben" verlegt, dem die Landwirtschaft selbst zum lästigen, unrentablen Anhängsel wurde, so daß er sich von ihr bereits vielfach losrennte und damit zugleich in einen Gegenstand zu ihr trat. Deshalb sehen freilich die deutschen Großgrundbesitzer noch keineswegs unter gestülpten Strohdächern, aber unzweifelhaft ist, daß die Akkumulation des Kapitals in diesen Kreisen während der Dauer des amerikanischen Preisdrucks in einem viel geringeren Maße vor sich ging, als früher. Andererseits war, wie schon erwähnt, auch die Proletarisierung des Bauernturns verlangsamter. Es war im allgemeinen der natürliche Zuwachs der Landbevölkerung, der die heimische Scholle verlassen mußte, aber auch von diesen ging eben ein großer Teil als Auswanderer nach Amerika. Von 1871 bis 1890 sind 8 058 804 Auswanderer in den Häfen der Vereinigten Staaten gelandet, meistens Personen im rüstigen Arbeitsalter. Aus Deutschland wanderten seit der Gründung des Reiches bis inkl. 1896 im ganzen 2 389 863 Personen aus, davon aber allein in den Jahren 1880 bis 1895, also der eigentlichen Zeit der wirtschaftlichen Depression, 1 876 200.

**Die endgiltige Okkupation von Kiao-Tschau.**

Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht im nichtamtlichen Teil folgende Mitteilung:

Nach einem heute eingetroffenen Telegramm aus Peking ist hinsichtlich der Ueberlassung von Kiao-Tschau zwischen der kaiserlich deutschen und der kaiserlich chinesischen Regierung eine Verständigung erzielt worden, welche im wesentlichen folgendes enthält:

Der deutschen Regierung soll dadurch die Erfüllung ihres berechtigten Wunsches ermöglicht werden, ebenso wie andere Mächte einen Stützpunkt für Handel und Schiffahrt in den chinesischen Gewässern zu besitzen. Die Ueberlassung hat die Form eines Pachtvertrages von längerer Dauer, und es steht der deutschen Regierung frei, innerhalb des überlassenen Gebietes alle nötigen Baulichkeiten und Anlagen zu errichten und die für den Schutz derselben erforderlichen Maßregeln zu treffen.

Das überlassene Gebiet umfaßt das gesamte innere Wasserbecken der Kiao-Tschau-Bucht bis zur Hochwasserlinie, ferner die südlich und nördlich vom Eingang der Bucht liegenden größeren Sandungen bis zu deren natürlicher Abgrenzung durch geeignete Höhenzüge, sowie die innerhalb der Bucht und vor der Bucht gelegenen Inseln. Das abgetretene Gebiet hat einen Gesamtinhalt von einigen Quadratmeilen, welche von einer größeren, rings um die Bucht gezogenen Zone eingeschloffen sind, innerhalb welcher keine Maßnahmen oder Anordnungen chinesischerseits ohne deutsche Zustimmung getroffen werden dürfen; insbesondere dürfen der deutscherseits für notwendig erachteten Regulierung der Wasserläufe keine Hindernisse entgegengesetzt werden.

Um Konflikte zu vermeiden, die das gute Einvernehmen zwischen den beiden Mächten beeinträchtigen könnten, hat die kaiserlich chinesische Regierung für die Dauer der Pachtzeit alle

die ihr in dem überlassenen Gebiete zustehenden Hoheitsrechte an die kaiserlich deutsche Regierung übertragen.

Pachtzeit und Pachtsumme sind in dem sehr kurzen Telegramm, welches den Abschluß meldet, nicht angegeben.

Sollte sich aus irgend einem Grunde die Kiao-Tschau-Bucht für die von der kaiserlich deutschen Regierung in Aussicht genommenen Zwecke als nicht passend erweisen, so wird die kaiserlich chinesische Regierung, nachdem sie sich mit der kaiserlich deutschen Regierung darüber und Einvernehmen gesetzt hat, der letzteren an einem anderen Punkt der Küste ein für den ins Auge gefaßten Zweck besser geeignetes Gebiet überlassen. Die kaiserlich chinesische Regierung wird in diesem Falle die von der kaiserlich deutschen Regierung im Kiao-Tschau-Gebiet errichteten Baulichkeiten, Anlagen etc. übernehmen und die dafür verausgabten Beträge ersetzen.

Der diplomatische Akt ist also zu Ende, damit ist aber noch keineswegs eine vollendete Thatsache geschaffen. Der deutsche Kaiser hatte wohl nach der Verfassung das Recht, den Vertrag mit China zu verabreden, aber dieselbe Reichsverfassung bestimmt:

„In soweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu deren Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags erforderlich.“ (Artikel 11, letzter Absatz.)

Artikel 4 der Verfassung erwähnt ausdrücklich als zur Reichsgesetzgebung gehörig unter 1. die Bestimmungen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern, unter 7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Reiche ausgestattet wird.“ Es ist also neben dem Willen des Kaisers, der Zustimmung der Bundesräte, der Bereitwilligkeit der chinesischen Regierung auch noch dem deutschen Volke überlassen, ein Wortlein mitzugeben. Und wäre der Reichstag eine wirkliche Volksvertretung, so würde er nicht zögern, einen dicken Strich durch die Rechnung dieser ganzen Seemachtpolitik zu machen. Denn für das deutsche Volk erwachsen daraus nur unzählige Ausgaben, eine unberechenbare Vermehrung des Steuerdrucks. Das sieht man ja schon aus der ersten Antändigung: In China soll eine bestimmte Pacht bezahlt werden — wer wird die Kosten tragen? Das Volk! Ferner, die „Wasserläufe“ sollen reguliert werden — auf wessen Kosten? auf Kosten des deutschen Volkes! Um die Wasserläufe in Deutschland zu regulieren, dazu giebt es kein Geld, Menschenleben werden den Flüßüberflutungen alljährlich zum Opfer gebracht, unzähliges Gut geht verloren, zahlreiche Erntestellen werden ruiniert — für all das findet sich in Deutschland kaum ein Almosen, um die Notleidenden zu unterstützen, aber um die Flüsse an der ostasiatischen Küste zu regulieren, dazu soll das arbeitende deutsche Volk sein Geld hergeben! Aber damit nicht genug, man wird Festungen bauen, man wird vor allem immer und immer mehr Panzerschiffe bauen, man wird Eisenbahnen bauen, — und die deutschen Steuerzahler werden die Kosten tragen oder jedenfalls den Kapitalisten in ihren abenteuerlichen Abenteuern Bürgerpflicht in Gestalt der staatlichen Zinsgarantie leisten müssen! Aber freilich dieser Reichstag ist vor allem um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung besorgt und versteht nicht die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen. Die Sozialdemokratie allein ist es, deren Votum in dieser Frage ungewisselhaft ist. Sie verweigert nicht nur ihre Zustimmung, sie protestiert gegen diese Kolonialpolitik, deren einziger Zweck es ist, die kapitalistische Ausbeutung, die sich selbst vernichtet, mit Hilfe der Staatssteuern noch eine Zeit lang aufrecht zu erhalten. Die Sozialdemokratie protestiert dagegen, daß man dem deutschen Volk Kosten auferlegt, damit der Chineser in den Stand gesetzt wird, deutsche Waren zu kaufen. Das deutsche Volk kann, was es produziert, auch selbst verbrauchen!

Über die Aufnahme, welche die Veröffentlichung des deutschen Reichsanzeigers in London gefunden hat, wird der „Frankf. Zig.“ berichtet:

London, 6. Januar. Die Meldung des deutschen Reichsanzeigers über das Abkommen in betreff Kiao-Tschau wird durch ein Telegramm der „Times“ aus Peking dahin ergänzt, daß Deutschland Kiao-Tschau für fünfzig Jahre gepachtet habe. Die Angelegenheit wird von den Blättern sehr ruhig besprochen. Die „Times“ bringt in einem Leitartikel darauf, daß England sich durch eine chinesische Anleihe einen Einfluß in China sichern, und sie weist auf die Folgen hin, die es gehabt hat, daß England die Suezkanal-Anteile kaufte. Das „Daily Chronicle“ befürwortet dasselbe, gestützt auf ein Telegramm seines Spezialkorrespondenten in Hongkong, der auf die Gefahr des russischen Einflusses hinweist. Der „Standard“ legt dar, daß jetzt England für sich, wie für alle Vertragsmächte das Gleiche von China fordern müsse. — Der „Times“ wird ferner aus Peking gemeldet, gerüchteleweise verlautet, daß die Besetzung Taiwans durch Frankreich bevorstehe.

Dasselbe Blatt bringt unter aller Reserve noch folgende sensationelle Meldung aus Italien: Rom, 6. Januar, 10.20 N. Wie ich erfahre, ist im Namen der offiziellen Botschaft gemacht worden, daß gleich eine Verhandlung mit der Regierung von Frankreich bedenklich sei, wie sie für die Interessen der beiden Mächte beschränktigen könnten, hat die kaiserlich chinesische Regierung für die Dauer der Pachtzeit alle



Diese „Abgrenzung der Interessensphären“ wäre hier, wo es sich nicht um ein weißes, unbesetztes Gebiet handelt, und angesichts der Rivalität zwischen Russland und England kaum durchzuführen. Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß auch in dem deutsch-chinesischen Vertrag ein Besitzwechsel vorausgesetzt ist, die Gewährung einer Offenbarung auf einem „anderen Punkt“ der Küste, statt Kiao-Tschau. Offenbar geschah dies aus Rücksicht auf Russland.

In Frankreich herrscht eine trübe und geteilte Stimmung. Die Regierungspresse lüchelt die öffentliche Meinung auf ein Zusammengehen mit Deutschland vorzubereiten. Oppositionelle Zeitungen verfehlen aber nicht, daraus für sich Kapital zu schlagen. So schlüsselt, nach einer Pariser Korrespondenz der „Kreuz-Ztg.“, der „Sozial“ (romantisch) aus dem benachbarten Besuch des russischen Botschafters in Paris er-  
nannten Fürsten Urussov beim deutschen Reichsfanzler, daß Deutschland offenbar der „Dritte“ im Bunde sein soll.

Dazu sei er aber von Frankreich nicht geschlossen worden. Es sei ja ganz schön, daß der Jar in seinem Neujahrstelegramm Herrn Felix Haure seine „herzliche Freundschaft“ ausbreite, aber Worte sind keine Taten und wir wünschen, daß sich Russlands Freundschaft für Frankreich nicht nur in dem Austausch von Komplimenten und Neujahrswünschen offenbare. Wir haben unseren guten Freunden, den Russen, zwölf Milliarden geliehen, die ihnen hauptsächlich zum Bau von Eisenbahnen und zur Verbesserung ihrer industriellen Werkzeuge dienen. Man möchte, daß uns Russland zum Lohn dafür unsere Erzeugnisse abkaufe. Aber statt dessen kauft es deutsche und englische. Auf politischem Gebiete bringe das Bündnis den Franzosen nicht mehr Nutzen als auf wirtschaftlichem. Auch hier ziehe Russland „die Decke zu sehr nach seiner Seite“. In Ostasien habe Frankreich, im bildlichen Sinne des Wortes und, wenn man an Kiaotchau denke, sogar im eigentlichen Sinne des Wortes „pour le roi de Prusse“ gearbeitet. Woju hatte Frankreich denn überhaupt noch eine große Armee. Ein Krieg „mit dem Fürstentum von Monaco“ sei doch kaum zu befürchten. Auch Drumont — schreibt der Korrespondent — bezeichnet es heute in der „Libre Parole“ als einen großen politischen Fehler, daß man sich Russland angegeschlossen habe, um in Verbindung mit Deutschland gegen Japan Front zu machen und sich dies zu verbünden.

England und China. Die englischen Zeitungen bringen folgende Bestimmung aus dem englisch-chinesischen Vertrag von 1898, der noch jetzt gilt, in Erinnerung:

Die englische Regierung und ihre Unterthanen erhalten hierdurch die Befähigung in allen ihren Verträgen, Gerechtigkeiten und Vorteilen, welche ihnen durch frühere Verträge eingeräumt sind. Es wird hierüber ausdrücklich festgesetzt, daß der englischen Regierung und ihren Unterthanen zugleich die freie und gleiche Teilnahme eingeräumt wird an allen Privilegien, Gerechtigkeiten und Vorteilen, welche von der chinesischen Regierung den Regierungen und Unterthanen anderer Staaten eingeräumt sind oder werden.

Daraus wird gefolgert, daß England nun dieselben Rechte habe im Port Arthur, wie jene, welche Russland gewährt worden sind, und dergleichen in Kiaotchau gegenüber Deutschland. Diese Rechtsfrage ist aber nur von Bedeutung, insofern es sich darum handelt, einen Konflikt auszuschließen. Unmöglich kann aber die Politik Englands dahin gehen, alle anderen aus China zu verdrängen. Will es jedoch einen Streit mit Russland, so giebt ihm allerdings diese Vertragsbestimmung dazu eine willkommene Rechtsgrundlage.

Die „National-Zeitung“ bringt folgendes Telegramm: London, 6. Januar. Gerüchtweise verlautet, daß die chinesische Antiehe mit englischer Garantie bereits abgeschlossen sei, und zwar zu drei Prozent und dem Kurs von 110.

Sollte sich das bewahrheiten, so würde dies eine sehr bedeutende Wendung der Dinge in Ostasien anzeigen; auf dem Gebiet der Finanzen kann Russland mit England am wenigsten konkurrieren.

China wird bald mit europäischem Geld überdeckt werden. Auch auf den deutschen Geldmarkt werden die „Chinesen“ kommen. Dafür bürgt Kiao-Tschau!

Tausch ist würdig, preussischer Beamter zu bleiben. Also hat der Disziplinardienst in Berlin entschieden. Die Verhandlungen gegen Tausch haben bekanntlich am Mittwoch in Berlin begonnen. Tausch war im Grad und mit Leben geschmückt (1) erschienen. Den Vorsitz führte Polizeipräsident von Winkheim, Beisitzer waren Geh. Oberregierungsrat Friedheim und die Regierungsräte Siber, von Glasenapp, Hofmann, Dieterici, Hoppe, Kany und Rebling. Die Anklage vertrat Regierungsrat Steinfand, die Verteidigung des persönlich anwesenden Beschuldigten führte Rechtsanwalt Dr. Schmidt. Regierungsrat Siber gab an der Hand des umfangreichen Referenmaterials eine zusammenhängende Darstellung der gegen Herrn v. Tausch erhobenen Beschuldigungen. Dem Vernehmen nach zerfielen diese in zwei große Gruppen und hatten im wesentlichen die im Prozeß v. Tausch v. Lügow zur Sprache gekommenen Thatsachen zur Unterlage. Die erste Gruppe der Beschuldigungen betraf das Verhalten des Beschuldigten im Amt. Hier wurde ihm im allgemeinen vorgeworfen: Verletzung von Dienstvorschriften bei der Vornahme der Verhaftung des von Lügow, Unwahrscheinlichkeit bei seinem Bericht über von Lügow und über die Entschaffung der Kutusch-Culitur; ferner bei der Auffstellung seines Schuldenverzeichnisses im Jahre 1890, sodann Insubordination gegenüber Vertretern der Presse (Affaire Krämer), Benutzung der Presse zu persönlichen Zwecken und Achtungslosigkeit gegen hohe Beamte. Die zweite Gruppe der Beschuldigungen betraf das Verhalten außerhalb des Amtes, wobei namentlich die Aufnahme von Anleihen seitens des Beschuldigten im Mittelpunkt der Erörterungen stand. Es wurde ihm zum besonderen Vorwurf gemacht, daß er seine Agenten Hermann Schumann und von Lügow als Vermittler zu Geldgeschäften benutzte habe. Die Verhandlungen über alle diese Punkte fanden in nichtöffentlicher Sitzung statt. Regierungsrat Steinfand hielt, dem Vernehmen nach, die Verlesungen des Angeklagten für so schwer, daß er die höchste zulässige Strafe, die Dienstentlassung beantragte. Rechtsanwalt Dr. Schmidt bestritt dagegen die Freisprechung des Beschuldigten und wies in längerer Ausführungen darauf hin, daß die Verlesungen des Angeklagten im Amt nach den Ergebnissen der Voruntersuchung in diesem Disziplinerverfahren vielfach in einem wesentlich milderen Lichte erscheinen müßten als nach dem Bilde, das die Schwurgerichtsverhandlung lieferte. Zu den außeramtlichen Verlesungen machte der Verteidiger geltend, daß es sich nicht um ein leichtsinniges Schuldenmachen des Beschuldigten gehandelt habe, sondern um finanzielle Schwierigkeiten, in die er ohne sein eigenes Willen hineingeraten sei und bei deren Überwindung er unehrenhafte Handlungen begangen habe.

Nach dreistündiger Beratung erging das Urteil, welches auf Verurteilung in ein Amt gleichen Ranges ohne Gehaltsanspruch, aber unter Wegfall der Umzugskosten lautete. — Wegen des Erkenntnis ist noch die Berufung an das Obertribunal möglich.

Der Urteilspruch des aus Polizeibeamteten zusammengesetzten Schwurgerichtes ist somit äußerst milde ausgefallen, obwohl nach

Angabe von B. L. B. der Gerichtshof entschieden hat, daß der Angeklagte die Pflichten, die sein Amt ihm auferlegt, verletzt und ferner sich durch sein Verhalten außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Bei der Verlesung des Urteils hob Polizeipräsident von Winkheim dem Vernehmen nach hervor, daß das Richterkollegium dem auf Dienstentlassung lautenden Antrage des Regierungsdirektors besonders aus folgendem Grunde nicht gefolgt sei: v. Tausch habe zweifellos in vielen Fällen sein Ansehen als Beamter schlecht gehalten. Insbesondere das Schuldenmachen und die Inanspruchnahme der Presse für die Verherrlichung seiner eigener Person seien scharf zu tadeln. Andererseits aber habe ihm, obwohl er lakisch gehandelt, nichts Unehrenhaftes nachgewiesen werden können (1). Er habe auch vor dem Schwurgericht sich nicht damit zu decken gesucht, daß er die Schuld auf andere Beamte oder Vorgesetzte wälzen wollte. Man könne also nicht sagen, daß er unwert sei, fernerhin Staatsbeamter zu bleiben (1).

Es wird ja eigentlich niemand ein anderes Urteil erwartet haben, zumal doch der Gerichtshof aus lauter Polizeibeamteten zusammengesetzt war. Interessant ist aber, daß Tausch für würdig erklärt wird, fernerhin preussischer Beamter zu sein, obwohl der Gerichtshof erklärte, daß Tausch sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe! Der ehrenwerte Tausch kann sich jetzt, wie er es gewünscht hat, einen „ruhigen, glücklichen Lebensabend“ verschaffen.

Die Vorlage einer Novelle zum Vereinsgesetz im preussischen Landtag ist, wie die „Post“ berichtet, in den Erörterungen der Regierung vollständig ausgeschlossen. Schon vor längerer Zeit sei eine Entscheidung darüber in verneinendem Sinne gefallen.

Dienstmädchen werden sehr oft von ihren „Herrschäften“ des Diebstahls beschuldigt. Ist ein Mädchen da, das sogenannte „Stubier“ und dem dabei oft das Geld für sein Anebenleben ausgeht, oder ein noch höheres Töchterchen, dem das Geld zu den Modestücken reicht, und es fehlt dann einmal ein silberner Kessel oder sonst ein Wertgegenstand, der sich leicht verbergen läßt — wer anders hat dies dann gestohlen, als das Dienstmädchen? Natürlich, so ein Dienstmädchen wird für alles fähig gehalten, und ist einmal der Verdacht da, dann ist auch die Staatsanwaltschaft nur zu gern bereit, die unglücklichen Mädchen in Untersuchungshaft zu stecken, und da es an „Anklagen“ nie fehlt, so erfolgt in der Regel die Verurteilung. In München wurden jetzt aber kurz nacheinander zwei Dienstmädchen, die je 2 Monate in Untersuchungshaft saßen, von der Anklage des Diebstahls, dessen sie von der „Herrschafft“ beschuldigt wurden, freigesprochen. Im letzten Fall will man nun die Dienstfrau verurteilen, die die Verurteilung zu bezahlen, weil sie den Verdacht auf die unglücklich Verhaftete lenkte. Aber ist nicht gerade so gut der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter verantwortlich zu machen, die das Mädchen ins Gefängnis steckten? Würde die Staatsanwaltschaft auch so schnell zur Verhaftung geschritten sein, wenn es sich nicht um ein Dienstmädchen, sondern etwa eine „Herrschafft“ gehandelt hätte? Man möge die Dienstmädchen nur ebenso beurteilen und behandeln wie man die „Herrschaffen“ behandelt, und es werden dann sicher keine Dienstmädchen mehr unglücklich ins Gefängnis gesteckt werden. „Herrschaffen“ sperren man erst ein — und dann sehr oft noch nicht! — wenn man Beweise ihrer Schuld hat. Aber so ein Dienstmädchen — !

Zur Lage der Eisenbahndiener. In einem neueren Erlass des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten werden die Eisenbahndiener darauf hingewiesen, daß bei Anlage von Ueberrückungsräumen für das Fahrpersonal vor allem an der Förderung eines genügenden Luftstromes der einzelnen Schlafzimmer festgehalten werden muß. Es ist daher eine solche Belüftung der Schlafräume anzunehmen, daß auf das einzelne Bett kein geringerer Luftstrom als 18 Kubikmeter entfällt. Auch ist bei derart knapp bemessenen Räumen auf Einrichtungen Bedacht zu nehmen, die eine besonders gute Lüftung ermöglichen. Unge- und gelegene und feuchte oder besonders unruhige Räume sind von der Benutzung als Schlafzimmer auszuschließen. Ferner ist darauf zu halten, daß heizbare, von den Schlafzimmern getrennte Räume zum Kleiderrocken und zum Auswärmen von Speisen und Getränken vorhanden sind.

So nach und nach sehen sich die Eisenbahnverwaltungen doch gezwungen, der öffentlichen Kritik Rechnung zu tragen und die größten Mängel zu beseitigen. Die Arbeiter mögen nur nicht ruhen und unaufrichtig auf Abstellung aller vorhandenen Mängel dringen — und es giebt deren noch genug!

Die Freiheit auf deutschen Hochschulen. In der Universität in Berlin erschien am Dienstag in der akademischen Versammlung ein Beamter der Universität, um im Auftrage des Rectors die „Sozialistischen Monatshefte“ und den „Sozialistischen Studenten“, von denen je ein Exemplar nach Beginn von Schmollers Rektorat wieder ausgelegt worden war, zu konfiszieren, und zwar trat der Rektor diese Verfügung auf direkten Erlass des Ministers hin.

Ferner wird gemeldet, daß gegen das Direktorium der akademischen Versammlung, das unter dem neuen Rector der Universität die „Sozialistischen Monatshefte“ und den „Sozialistischen Studenten“ wieder ausgelegt hat, ein Disziplinerverfahren bei der Universität eingeleitet worden ist. Es wird den Herren zur Last gelegt, den Anordnungen der akademischen Behörden zuwidergehandelt zu haben.

Gegen den lebenswürdigen Grafen Ranxau hat der Inspektor Brand vom „Hamb. Kor.“ die Besoldigungsfrage eingeleitet.

Schub vor den Schülern! Wegen Mißhandlungen, die er bei Gelegenheit einer Verhaftung begangen hatte, ist dieser Tage vom Berliner Schöffengericht der Schumann Strafe zu zwei Monaten drei Wochen Gefängnis derurteilt worden.

W. Bom oberösterreichischen Zentrum. Das vortrefflich redigierte neue tägliche Organ des oberösterreichischen polnischen Zentrums, der „Dienst Post“, macht in recht energischer Weise auf den Widerspruch aufmerksam, der in der Beurteilung der Plattenfrage zwischen den oberösterreichischen Zentrumswählern und Zentrumsbekämpften besteht; die Wähler wollen so wenig wie die bayerischen Zentrumsanhänger etwas von der Plattenvermehrung wissen. Die schließlichen Abgeordneten sollen auf die Volksstimmung Rücksicht nehmen, damit sie nicht bei den nächsten Wahlen able Erfahrungen machen. Ueberhaupt macht der „D. St.“ gegen die „großen Herren“ Front, die in der Zentrumskonfession neben den „Männern aus dem Volke“ sitzen.

Es wäre gut, wenn diese volkstümliche Politik des „D. St.“ Bestand hätte; sie könnte dem Zentrum mit der Zeit recht unangenehm werden.

### Nachrichten aus dem Auslande.

Für die begehrte Volksabstimmung über die Eisenbahnverstaatlichung in der Schweiz sollen die Gegner die erforderlichen 30000 Unterschriften bekommen haben. In wenigen Tagen wird man darüber völlige Gewißheit haben.

Gelegliche Feiertage in der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat sich jüngst mit der Feststellung der in den Kantonen gelegenen Feiertage beschäftigt. Nach dem Artikel 6 der Verfassung dürfen dieselbe die Zahl 8 nicht überschreiten. Es wurde nun festgesetzt, daß der Kanton Glarus 11, der Kantone 10 und Baselstadt 9 Feiertage haben und deshalb die betreffenden Kantonsregierungen vom Bundesrat aufgefordert wurden, die Zahl der Feiertage auf 8 zu reduzieren. Einzelne Kantone bleiben aber erheblich hinter der Maximalzahl zurück.

Ein deutscher Volkstag fand gestern in Litz statt. Die Redner forderten die „Deutschen“ auf, eine feste Gemeinschaft zu bilden. Die deutschen Arbeiter fangen die nationalen Versammlungen mit ihrem Nationalitätsnummel nicht, die Arbeiter von Litz haben besondere Versammlungen abgehalten, in denen sie ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bekundeten und sich gegen die Nationalitätenhege wandten.

Die Dreyfus-Affaire und die deutsche Regierung. Die „Köln. Ztg.“ bringt folgende offiziöse Notiz:

Es scheint, daß bei der Verhandlung des Dreyfusprozesses alles verwickelt werden soll, was imstande ist, aufzuklären, inwiefern Hauptmann Dreyfus sich der Spionage schuldig gemacht hat. Die Thatsache der res judicata soll vielmehr mit aller Strenge festgehalten werden. Dem gegenüber wird es zweckmäßig sein, noch einmal auf Grund der eingehenden und zuverlässigen Ermittlungen festzustellen, daß, wenn Dreyfus sich überhaupt der Spionage schuldig gemacht hat, diese nicht mit Deutschland, mit der deutschen Regierung und deutschen Offizieren, also auch nicht mit dem deutschen Militärbehörden oder mit der deutschen Botschaft in Paris irgend etwas zu thun gehabt hat. Wenn Dreyfus ploniert hat, so kann dies nur zu Gunsten irgend einer anderen Macht gewesen sein. Die französische Regierung mag vielleicht ein Interesse haben, darüber einen blassen Schleiher zu werfen; deutscherseits steht nicht das Streben im Wege, aber die Verhandlung des Dreyfusprozesses ist die Öffentlichkeit leuchten zu lassen. Es wird niemals irgend ein Zusammenhang der Handlungswelt des Dreyfus mit irgend einer deutschen Stelle darzulegen werden können. Die deutsche Regierung hat seinerzeit über den unantastbaren Sachverhalt der französischen Regierung durch die deutsche Botschaft jeden Zweifel genommen. Wir begnügen uns heute lediglich mit der Feststellung dieser Thatsache.

Dazu wird der „Post“ weiter berichtet, daß der deutsche Botschafter Graf Münster vor dem Prozesse gegen Dreyfus sich der französischen Regierung gegenüber bereit erklärt hat, unter Verzicht auf seine Exterritorialität vor dem Gerichtshof zu erscheinen und mit seinem Eide zu bekräftigen, daß keine deutsche amtliche Stelle oder Persönlichkeit jemals etwas mit dem Hauptmann Dreyfus zu thun gehabt habe. Die französische Regierung aber habe dieses Anerkenntnis abgelehnt, weil sie Beschimpfungen des deutschen Botschafters durch die Presse befürchtete. Erstaunlicherweise hat die französische Regierung das unentschuldbare Verfaßnis begangen, der französischen Öffentlichkeit diesen Sachverhalt bisher zu verschweigen.

Danach sieht es also fest, daß die Verurteilung des Dreyfus ein genereller Justizverstoß ist, und daß sich Frankreich nicht blamieren, sein militärisches Panama vertuschen will, so muß man der Dreyfus schuldig sein und gefangen bleiben!

Aus Spanien. Es ist möglich, daß der Kriegsminister wegen der Entscheidung des obersten Kriegesgerichts in der Angelegenheit des General Weyler seine Entlassung giebt. Der Ministerrat wird heute über diese Frage beraten.

### Partei-Angelegenheiten.

Die organisierten österreichischen Sozialisten in der Schweiz hielten am 1. und 2. Januar in Zürich eine Delegiertenversammlung ab, die von 15 Orten durch 19 Delegierte besucht war und der die Genossen Babel, Dr. Adler aus Wien, Lang als Vertreter der schweizerischen und Witt und Kuspert der deutschen Sozialisten in der Schweiz beizuhören. Beslossen wurde die Zentralisation der österreichischen Vereine in der Schweiz, welche aber mit den deutschen und schweizerischen Organisationen in Verbindung treten soll. Die unter den Delegierten in Zürich befindlichen Differenzen wurden beigelegt und Winterthur als Vorort gewählt.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gedenket der kämpfenden englischen Maschinenbauer! Der brutale Dünkel des englischen Unternehmertums hat, trotz des wiederholt beabsichtigten Entgegenkommens der Arbeiter, eine Eingung durch Vergleich unmöglich gemacht. Die Vertilgung der Arbeiter — die Ursache des Streikampfes — wird schroff von den Unternehmern zurückgewiesen. Der Kampf dauert deshalb fort und er wird noch härter und umfangreicher werden! Die Hilfe, die bis jetzt den Streikenden geworden, darf nicht erlahmen; der Beschluß, der seinerzeit in einer öffentlichen Arbeiterversammlung gefaßt wurde, muß strenger denn je durchgeführt werden. Die Dresdner Metallarbeiter haben eine besondere Stelle eingenommen durch Entgegennahme von Einzelbeiträgen. Wir erlauben daher alle, die ihr Scherflein zu dem Streikkampf beitragen wollen, den unsere englischen Arbeiterbrüder im Interesse der gesamten Arbeiterschaft durchzusetzen haben, die Beiträge an J. Hoffmann, Weststraße 38, 4. Et., abzugeben. Dieselben werden nach wie vor öffentlich quittiert.

Für die englischen Maschinenbauer sind bei der General-Kommmission nun 90 000,00 M. eingegangen. In der letzten Quittung sind u. a. verzeichnet: Dresden, vom 4. sächsischen Reichstagswahlkreis 150 Mark.

Die nächste Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wird auf Beschluß des Zentralvorstandes in Gera am 9. und 10. April abgehalten.

Die Streikbewegung im Hennegau gewinnt an Ausdehnung und umfaßt bereits 5000 Bergleute.

Staatsarbeiter in der Schweiz. Zur näheren Begründung eines vom Genossen W. L. L. g. g. in Nationalrat gestellten Postulates auf gesetzliche Regelung der Lohn- und Anstellungsverhältnisse der oberösterreichischen Staatsarbeiter machte er in Verbindung mit dem Genossen Dr. W. L. L. g. g. in Bern eine eingehende Erörterung, die das gewünschte Material lieferte. Danach besitzt die Eidgenossenschaft 16 Etablissements, wovon die meisten militärischen Zwecken dienen; den Postdepartement unterstehen drei Anstalten und dem Finanzdepartement eine. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 1500 bis 1800, wovon sich 1603 an den erwähnten Erhebungen beteiligten. 88 Prozent der Gesamtbeschäftigten sind erwachsene männliche und 12 Prozent jugendliche Arbeiter, Frauen sind nur 4 beschäftigt. 1315 Arbeiter führen mindestens 2 Jahre ununterbrochen im Dienste der Bundesverwaltung. Bezüglich des Lohnwesens herrscht die Stundarbeit vor. Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage. In Krankheitsfällen erhält der Arbeiter 1/2 bis 1/3 des Tagelohnes fortbehalten, während des Militärdienstes dagegen den vollen Lohn. Für Ueberzeitarbeit wird ein Lohnzuschlag von 50 Prozent gewährt. Etwas anschaulicher ist wohl das Verfahren der Kommission, den durchschnittlichen Tagelohn auf 4 Wochentage zu berechnen. Bei diesem Verfahren ergab sich, daß 28 Proz. durchschnittliche Tagelöhne bis zu 3 Fr., 22 Prozent bis zu 3,50 Fr., 26 Proz. bis zu 4 Fr., 16,5 Proz. bis zu 5 Fr. und 6,7 Prozent bis zu 6 Fr. und darüber erhalten. Die tägliche normale Arbeitszeit beträgt in je einem Etablissement 8, 9, 9 bis 10, 10, 10 bis 10 1/2, in zwei Abhalten 9 1/2, in drei je 10 1/2, und in 6 je 10 Stunden. Da kann freilich noch manches verbessert werden.











Oberschlesische Bezirks-Parteikonferenz.

W. Neustadt D.-S., den 1. Januar 1898.

Die oberchlesische Parteikonferenz hatte zwei Hauptaufgaben: die Beilegung der seit Jahren bestehenden und im letzten Jahre besonders im Industriebezirk störend wirkenden Zwistigkeiten zwischen den Anhängern der polnischen sozialistischen Partei und den übrigen Parteigenossen; 2. die Schaffung solcher Organisationsformen, die bisher fehlten. — Alle Arbeiten auf der Tagesordnung der Konferenz stehenden Punkte fielen neben diesen beiden wenig ins Gewicht. Zudem war vorausgesetzt, können wir berichten, daß die Konferenz, diese beiden Hauptaufgaben gut, über Erwarten gut gelöst hat: die einmütige Befolgung der Neustädter Beschlüsse und die durch die neue Organisation ermöglichte planvolle Agitation werden der sozialdemokratischen Bewegung in Oberschlesien einen großen Aufschwung geben; besonders für den Industriebezirk, nach dem sich jetzt der bisher in Neustadt liegende Mittelpunkt der Bewegung verlagert hat, wird der Tag von Neustadt von der größten Bedeutung sein.

Die Verhandlungen fanden statt in dem feinsten ausgleichendsten Lokale des Arbeiterfaszinvereins, das die große Zahl der Delegierten und Gäste kaum zu fassen vermochte, und dauerten von 11 Uhr vormittags bis halb 9 Uhr abends mit einer einständigen Unterbrechung. Nicht von den zwölf oberchlesischen Wahlkreisen waren vertreten; nur die rein ländlichen Wahlkreise Kreuzburg-Nosenberg, Appeln, Kojel-Gr., Streblitz und Pleh-Rhönitz waren nicht vertreten. Als Gäste waren anwesend: Pjannitsch als Vertreter des Parteivorstandes, Morawski und Wertkowski als Vertreter der polnischen sozialdemokratischen Partei und der „Gazeta Robotnicza“, die Genossen Kühn aus Langenbielau, Bruchus, Schütz und andere Genossen aus Breslau und ein Parteigenosse aus Wien.

Zunächst referierte Gen. Winter-Königsbütte über „Die Taktik der poln.-soz. Partei und die Haltung der „Gaz. Rob.“, sowie über die Bildung eines besonderen oberchlesischen Agitationsbezirks“. Oberchlesien gliederte bisher zum Agitationsbezirk Breslau. Er wiederholte die in diesem Blatte bereits erwähnten Anklagen gegen die poln.-soz. Partei und belegte sie mit zahlreichen Zitaten aus der „Gaz. Rob.“ und anderen Preßerzeugnissen jener Partei. Seine Ausführungen wurden wesentlich unterstützt durch eine Rede Pjannitschs, dessen Ausführungen darin gipfelten, daß wir mit den Trümmern von der Wiederaufrichtung Polens nicht zu thun haben können und die Existenz einer besonderen sozialistischen Partei in Deutschland außer dem Rahmen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht dulden dürfen, daß also, falls die poln.-soz. Partei ihre Ansprüche auf eine besondere Organisation außer dem Rahmen der deutschen Sozialdemokratie nicht aufgibt, die deutsche Sozialdemokratie auf ihrem nächsten Parteitag ein Mandatwort sprechen werde; daß dies gegen die poln.-soz. Partei gerichtet sein würde, sei schon heute nicht zweifelhaft.

Die Verteidigung der polnischen Redner Morawski und Wertkowski konnten die Ausführungen Winters und Pjannitschs nicht entkräften. Es trat in der ferneren Diskussion klar zu Tage, daß die Zeitung der poln. soz. Partei selbst unter den polnischen Sozialdemokraten Oberchlesiens die Autorität und den Anhang nicht besitzt, die sie bisher zu besitzen schien und vorgab. Eine Verteidigung Winters gegen die mancherlei Angriffe der Polen lieferte Genosse Bruchus-Breslau; ebenso nimmt er für den von der Berliner Gruppe der polnischen Sozialisten mit viel dem dortigen Genossen Kasprzyk aus Posen warm Partei. Auch sich selbst verteidigt er gegen Angriffe durch die „Gaz. Rob.“ mit gutem Erfolg.

Nach dieser mehrstündigen Aussprache der Genossen war die Situation geklärt. Winter zog seine gegen die poln. soz. Partei gerichtete Resolution, da ihr Hauptzweck, als Grundlag für die Diskussion zu gelten, erfüllt war, zurück. Eine Lösung der Gegenfrage schien herbeigeführt zu sein und es erfolgte mit die Schaffung der festen Organisation. Einmütig wurde Winters Antrag auf Gründung eines oberchlesischen Agitationsbezirks mit dem Mittelpunkt im Industriebezirk angenommen, und als Bezirksvertrauensmänner wurden die Genossen Tjlong und Winter, beide aus Königsbütte, gewählt.

Die übrigen Verhandlungen über die bevorstehenden Reichstags-Wahlen usw. waren insofern von Interesse, als auch in

ihnen Winters Anträge, die sich auf Organisation und Agitation bezogen, angenommen wurden. Für alle auf der Konferenz vertretenen Wahlkreise wurden Kreisvertrauensmänner gewählt. Gewählt wurde ferner ein Bezirks-Wahlkomitee, das in der Wahlzeit die Bezirksvertrauensmänner unterstützen soll; es besteht aus den Genossen Tustler, Konigl und Biegler in Beuthen. Ferner wurde auf Antrag Winters beschlossen, besonders für die oberchlesische Land- und Industriebevölkerung geeignete Flugblätter in deutscher und polnischer Sprache herauszugeben.

Amlet wurden nach einem kurzen Referat Winters über die Kandidaturen in den oberchlesischen Wahlkreisen die Kandidaten für alle Wahlkreise nominiert, die noch keine Kandidaten aufgestellt hatten. Die am meisten in Betracht kommenden Wahlkreise wurden nach der Entscheidung der Delegierten der einzelnen Wahlkreise in folgender Weise mit Kandidaten besetzt: Beuthen-Tarnowitz mit Schuppe-Birkau, Katowitz-Fabrizze mit Morawski, Ratibor mit Bebel, Giesau mit Winter, Neustadt mit Schupp. Auch in Oberschlesien ist also die sozialdemokratische Partei die erste, die fertig zur Wahl daheist.

Geleitet wurden die Verhandlungen vom Genossen Tischmeier-Neustadt. Zur polizeilichen Überwachung war der Bezirksgrenzkommisär Wädler-Beuthen, dem die Überwachung der sozialdemokratischen und polnischen Bewegung Oberschlesiens obliegt, erschienen. Die bürgerliche Presse war durch mehrere Berichterstatter aus Breslau, aus dem oberchlesischen Industriebezirk und aus dem übrigen Oberchlesien vertreten.

Von der Befolgung der gefassten Beschlüsse hängt viel für die Zukunft der Parteibewegung in dem südlichen Winkel Deutschlands ab. Zugleich bieten diese Beschlüsse eine feste Grundlage, mit der etwa eintretende neue Schwärmungen der Bewegung durch genügend Unterbreitung vereitelt werden können. Bewähren sich die in Neustadt gefassten Organisationsformen, so wird das Neujahr 1898 den Geburtstag einer neuen Ära in der sozialdemokratischen Bewegung Oberschlesiens bilden, in der aus dem schwarzen Oberchlesien ein rotes wird. Das wenigstens im Industriebezirk von nun an eine ganz andere Entwicklung der Partei Platz greifen wird, kann schon jetzt als sicher gelten.

Sozialhygiene, Arbeiterschutz usw.

Die Unfälle im Bergbau. In der Reichstagsdebatte vom 13. Dezember hatte der preussische Bergwerksminister Herr Bredel den zwei Tage vorher von Genossen Wiedel bei der Besprechung der hohen Unfallsziffern im preussischen Bergbau erhobenen Vorwurf, daß die Maßnahmen der Bergbauverwaltung unzulänglich seien, als „durchaus unzureichend“ bezeichnet. Der Minister behauptete, die meisten Unfälle passierten dadurch, daß sich Arbeiter nicht an die Vorschriften und den Kopf halten, wozu sich sehr häufig die Unvorsichtigkeit der Arbeiter selbst selbst schuld“ sei. Diese Ausführungen werden recht lebhaft durch den hohen erschienenen Bericht des Allgemeinen Arbeitervereins zurückgewiesen. Der Bericht stellt zunächst fest, daß im Jahre 1896 infolge von Betriebsunfällen auf den Hütten im Bereich des allgemeinen Bergwerksvereins 330 Arbeiter oder von je 1000 Beschäftigten durchschnittlich 22 an den erkrankten Besetzungen gestorben sind, während im vorhergehenden Jahre die Zahl der tödlichen Unfallsbelegungen 407 oder 26 von 1000 Beschäftigten betrug. Die tödlich verlaufenen Unfälle haben sich demnach etwas verringert. Dagegen ist die Zahl der Unfälle überhaupt gestiegen. Wörtlich heißt es dann in dem offiziellen Bericht: „Wenn auch nicht selten eigenes Verschulden des Arbeiters, hauptsächlich Versehen und Verwegenheit das Unglück herbeiführen, so liegt doch die Hauptursache der zahlreichen Unglücksfälle in der Beschaffenheit des Betriebes. So wurden im Jahre 1896 149 Mann durch Explosion von Dampfdruckapparaten, Schloßgeräten und durch Reibstoffe getötet, teils darunter oder vorhergehend erkrankt, teils durch Verletzungen 991 Mann durch Zusammenstoß, Verabfallen von Gegenständen (Eisen- und Kohlenstücke) vom Höhe, teils durch dauernden oder vorübergehenden Contact mit beweglichen Teilen“. Aber gerade diese letzteren Ursachen, die zu den verhängnisvollen Unfällen geführt haben, sind nur durch Verbesserung der Schutzvorrichtungen, durch zweckmäßige Anweisung u. a. zu bekämpfen. Sehr schlecht verhält es sich mit der Revision. Es wurden 1896 lediglich 57 Werke mit 15 988 Arbeitern in Betrieb waren über 1200 Rollen, Salz- und Graugruben mit 391 774 Arbeitern. Demnach sind weit über die Hälfte der Gruben Preußens 1896 gar nicht inspektiert worden!

Wenn nun aber Carlsson die Mädchen über das Anwesen und die Verhältnisse am Hofe ausfallen wollte, erhielt er Antworten, wie sie den verschlossenen Scherenscheuten eigen sind.

„Ja, das weiß ich nicht! Ja, das kann ich wahrhaftig nicht sagen! Ja, darüber weiß ich nun einmal ganz und gar nichts! Daraus war nicht eben besonders klug zu werden.“

Das Boot glitt plötzlicher zwischen Holmen und Scheren dahin, während hinter den Hissen die Polarlichter knatterten, und im Tannenwald am Ufer das Viehbrüllen spielte. Ueber Buchten und Ströme setzte es, bis die Dunkelheit hereinbrach und die Sterne am Firmamente emporzogen. Nun kam man ins offene Meer hinaus, wo die Leuchtfeuer der Hauptfeuer blinkten. Zuweilen streich man an einer Bafel,\*) zuweilen an einem weissen Seegras, das wie ein Geipfentz auslief, vorbei; bald glänzten noch nicht geklommene Schneewehen, wie Leinen, das man zur Bleiche gelegt, bald tauchten aus dem schwarzen Wasser Reibhosen\*\*) auf, die beim Darüberfahren schmerzhaft an den Kiel klopfen. Eine schlaftrunkene Mantelmöwe fuhr aufgeschreckt vom Felsenriff empor und brachte durch ihre Kreischen Leben in das Boll der Röhren und Seegraswälder, das einen ohrenbetäubenden Lärm anstimmte, als wären alle Geister der Hölle los. Und im weiten Ferne draußen, wo die Sterne in die See hinabsankten, leuchteten das rote und das grüne Auge eines großen Dampfers, der eine lange Reihe runder Lichter, wie die Kapitänsenster sie hinausstrahlen ließen, hinter sich herziehle.

Alles war Carlsson neu und er stellte über alles Fragen. Und jetzt wurde ihm auch Bescheid, und zwar so mannigfaltiger Art, daß er sich recht auf fremdem Gebiete fühlte.

Er war „dabei vom Land“, den Deuten hier ungefahr daselbe, was dem Städter „Einer vom Lande“ ist.

Das Boot lenkte wieder in einen Sund, der in See lag, so daß sie das Segel einziehen und zu den Rudern greifen mußten. Und aus diesem alsbald in einen zweiten gefangt, soßen sie aus einer zweiten Fichten und Erlen gelegenen Stuga (Bauernhaus) ein Licht strahlen.

„Hier sind wir daheim“, sagte Klara, als jetzt das Boot in eine schmale Bucht schiff, in der man eine Rinne mitten zwischen das Schiff gehauen, das rascheln wider die Planken schlug, ein Fichtweibchen aufschauend, welches sich in den Anblick einer ausgestreckten Armeirute vertieft hatte.

\*) Bafel = ein schwimmendes oder festes Beizen, um das Holz wasser zu beizen.  
\*\*) Reibhose, der Schwimmer eines Fischnetzes.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ueble Folgen einer Schlägerei. Der Schiffsörner Ernst Franke aus Burg und dessen Sohn, der Schiffer Ernst Franke, waren Ende Juli d. J. infolge der Hochflut der Elbe gezwungen, mühsig mit ihrem Kanne hier liegen zu lassen. Einem Tages wollten sie nichts Besseres zu thun, als sich auf einem Tongasale die Zeit zu vertreiben. Sie trafen eine Anzahl Bekannte, mit denen sie einige lustige Stunden verlebten. Als die beiden Genannten in Gesellschaft einiger anderer Personen, darunter des Uhrmachers Karl Christoph Sticker, in leutseliger Stimmung die Ulstraalder entlang gingen, um sich in für Deins zu begeden, kam es schließlich zu einer etwas gewöhnlichen Schlägerei. Einem vorbeigehenden Gendarmen, zu dem sich später noch ein Nachwachter stellte, war um die Nachtrüge der dortigen Bewohner besorgt und ermahnte die Gesellschaft, sich größerer Ruhe zu beilegen. Das nahm ihm aber Franke kein Hebel und fing an zu rathen, weshalb ihm die Kretur von den beiden Hältern der nächsten Wache angeklagt wurde. Das polte dem inzwischen erragt gewordenen Schiffsörner erst recht nicht; er fing an zu schimpfen und unterließ sich auch der Kretur, wobei er von seinem Sohne und Sticker unterstützt wurde. Es kam schließlich zu einer Schlägerei zwischen den Genannten und den drei genannten Personen, in welcher man auf der einen Seite Schiene und Stock als Waffe benutzte, auf der anderen aber mit dem Seitengewehr lösch. Der Gendarm wurde hierbei zu Boden geworfen und besonders von den beiden Frankes töds gerüstet; er will beinahe ohnmächtig geworden sein, auch die Uniform sei zerlegt gewesen. Er konnte aber trotzdem mit Hilfe anderer Personen die Kretur ausführen und die veritente Gesellschaft zur Wache transportieren. Durch den Sturm war eine große Menschenmenge herangefloht worden, die für und gegen den Genannten Partei ergriem, im Punkte der Festsetzung suchte man sich dann ebenfalls gegenseitig durch schlagende Beweise von der Richtigkeit der Ansichten zu überzeugen. Diese Schlägerei hatte jedoch weiter keine Folgen, da die Besennten durch die oben genannten drei Personen am Aufhaken verhindert wurden. Dagegen hatten sich aber Franke sen. und jun., wie Sticker geltend wegen gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung, Beamteneubildung und Erregung ruhrerenden Unruhs vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Das Gericht fand in dem Handeln der Angeklagten eine besonders große Reheit und verurteilte Franke sen. zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 1 Woche Haft; Franke jun. zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft und Sticker zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft. Franke jun. wurde in Haft genommen.

Schöffengericht.

Wit einer Witte gefolgt. Der Bauunternehmer und Hausbesitzer Karl Eduard Jentich schlug infolge eines geringfügigen Anlasses am 2. Oktober d. J. auf dem von ihm erstellten Neubau, Hauptstr. 24, den 62 Jahre alten Wirtler bereit mit einer Witte, daß Wirtler sich in ärztliche Behandlung begeben mußte, und er die Witte angeklagt noch heute verhaftet, außerdem ließ die Witte mit der Witte vor die Witte, daß er zum Fall kam. Dem geschicktesten Angeklagten gegenüber ließ man Witte walten. Der Vorsitzende, Herr Dr. Wilmann, teilte unter anderem mit, daß das Gericht nicht zu der Überzeugung gelangen konnte, daß eine Witte ein gefährliches Werkzeug sei, ferner habe man angenommen, daß die Angaben Winters über die Wirkung der Wirtung übertrieben seien, es liege daher nicht näher, sondern nur einfache Körperverletzung vor. Infolge dieser Debatte gelangte man dann zu dem Schluß, daß diese Witte Witte mit 30 R. Geldstrafe genügend gerührt sei. Ob die Witte auch dann sein gefährliches Werkzeug gewesen, wenn sie von einem Arbeiter gehandhabt worden wäre? Ob genug sind schwebende Spazierhüte und Regenkleider als gefährliches Werkzeug betrachtet werden. Kann man mit einer Witte nicht jemand schammer zu rufen, als mit einem leichten Regensturm?

Werde mißhandelt und die Polizei beleidigt. Überall hatte das Schöffengericht unter demselben Vorwand über eine Wirtung zu befinden; es handelte sich aber diesmal nicht um einen alten Mann, sondern um zwei Witte. Der Richter Paul Hermann Jantich fuhr am 8. Oktober dieses Jahres mit seinem schwer beladenen Wagen durch Köpzig. An einer ansteigenden Stelle der Straße mochten oder konnten die Witte nicht mehr anziehen und brachten damit den Richter in Verwirrung, der mit der Witte auf die Witte einstieg, um sie zum Anziehen zu bewegen. Als dies erfolglos blieb, stieß er sie noch mit den Hufen. Das erregte den Unwillen einiger Spaziergänger und diese machten dem Richter Vorwürfe und holten einen Polizisten herbei. Dadurch wurde Jantich nur noch erregter, er schimpfte auf die Witte und schließlich auch auf den Polizisten in wenig gewählten Ausdrücken, wodurch er sich nach der Beledigung und der Ruchführung, wie der Beobachtung schuldig machte. Der Richter, der sich durch ein Missgeschick in seinem schweren Verufe zu Handlungen hatte hinreißen lassen, die allerdings ungeschicklich zu beurteilen sind, kam nicht so gut weg wie der prägelnde Baumeister, der seine Witte wegen eines ganz niedrigen Anlasses an einem alten Manne ausließ. Auf 2 Monate und 3 Wochen

Der Hofhund schlug an, und oben vor der Stuga schien eine Laterne sich hin und her zu bewegen.

Unterbesen wurde das Boot am Brückenende befestigt, und das Ausladen begann. Das Segel wurde um die Raa gewickelt, der Mast herausgenommen und mit dem Mast\*) befestigt. Die Treectonne rollte ans Land und Wäthen, Krüge, Körbe und Päckel lagen alsbald auf der Landungsbrücke.

Carlsson blüde im Halbdunkel um sich und gewahrte lauter neue, ungewöhnliche Dinge. Außen vor der Brücke lag der Fischbehälter mit seiner Paipel; an der Längenseite der Brücke lief ein mit Bojen, Fangleinen, Fugankern, Senkloten, Lauen, Grundschänren und Angeln behängtes Gefährde hin; auf der Brücke selbst standen Springstonnen, Tröge, Wottche, Butten, Ruber und Reepbehälter; hart am Brückenloppel befand sich ein Schuppen, darin dicht gereicht Lodsogel für die Strandjagd, ausgestopfte Eibergänke, Sögeknäbler, Lauchergänke, Reiberenten und andere Waffervögel hingen, während auf Stützen unter dem Dachstuhl Segel, Raste, Ruber, Wottshafen, Schöpffellen, Eishäuen und Quabbenbeulen lagen. Und am Lande wieder standen Wäthe mit Springnetzen, die so groß, wie die größten Kirchenfenster, mit Hundernen, durch deren Wäthen man den Arm stecken konnte, mit neugeknüpften Darschgarnen, von der Witte der feinsten Schlittennege; doch in gerader Linie von der Brücke führte eine Doppelreihe von Gabelbäumen, eine förmliche Schlossallee, zum Hause empor, und auf diesen hingen die großen Schleppten. Vom obersten Ende dieser Allee näherte sich nun eine Laterne und warf ihren Schein über den Kies, zwischen welchem Wuschschalen und getrocknete Fischkemen suntelten, während in den Schleppten die hängengebliebenen Fischkuppen wie Reif an Spinnweben glitzerten. Die Laterne beleuchtete jedoch auch ein ältliches Frauenantlig, das vom Winde verwehtet erschien, wie einpaar kleine, freundliche, infolge der Herdglut verströmte Augen. Und vor der Frau lag der Hofhund, ein zottige Kötter, einher, der auf dem Lande so gut wie auf dem Wasser daheim war.

„Na, Kinder, seid ihr endlich da.“ begrüßte sie die Frau, „und habt ihr auch den Knecht mitgebracht?“  
„Ja, da sind wir. Und hier, Mutter, ist auch Carlsson, wie ihr seht,“ entgegnete Klara. (Fortf. f.)

\*) Stog = ein Tau, welches Mastspitze mit dem Bug des Boats verbindet.  
\*\*) Rallen = Faust, mit welcher die Segel am Mast aufgezogen werden.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die Leute von Hemsö.

Erzählung aus den Scheren von August Strindberg.

Authentische Uebersetzung aus dem Schwedischen von Erich Polm.

1.

Carlsson geht in Dienst und wird als Windbeutel erklärt.

Er kam wie ein Wetterhauer am Aprilabend und trug eine Honigsäcke am Riemen über der Schulter. Klara und Witte hatten sich mit dem Segelboote eingeschunden, ihn an der Dalarabrücke abzuholen. Allein so rasch ließ sich nicht an die Absicht denken. Vorerst mußten sie zum Kaufmann, um eine Tonne Teer zu bestellen, und in die Apotheke, für das fertel graue Salbe zu kaufen. Dann hatten sie eine Marke auf der Witte zu holen, und endlich mußten sie noch zu Bin Löfström, die unten am Krot wohnte, da sie ihr gegen ein halb Hund Windgarn zum Ausbeßern der Witte, den Hausbahn zu leihen versprochen. Und so allerlezt ging's in den Hofhof, wohin Carlsson sie auf Kaffee mit Weisbrod eingeladen hatte. Endlich ließ man denn doch im Boote. Da aber wollte Carlsson das Steuer lenken, und das verstand er nicht. Er hatte noch nie ein Boot mit einem einzigen Raaegel gesehen und rief denn den andern zu, das Fochegel, das es hier gar nicht gab, zu hüllen.

Auf der Bellantsbrücke standen die Lotien und Amtsdienner und lachten über das wunderliche Gebahren, als das Schiff über Stog) ging und in der Richtung des Saaljad getrieben wurde. „Gott! Hast ein Led im Boot!“ schrie ein angehender Lotte gegen den Wind. „Stop! Stop!“ — Und während das Carlsson nach dem Led umschaute, stieß ihn Klara beiseite, das Steuer ergreifend, und Lotten glückte es mit Jubelstimmung der Ruder das Boot wieder vor den Wind zu bringen, so daß es nun mit guter Fahrt dem Rapsfunde zuschwamm.

Carlsson war ein kleiner, vierschrötiger Wermäländer mit blauen Augen und einer Nase, die so krumm wie ein Wurfhaken. Verhast, munter und neugierig war er, vom Seewesen verstand er nicht das Allermindeste. Man ließ ihn auch nur nach Hemsö kommen, die Feld- und Viehwirtschaft zu versehen, mit der sich, seit der alte Hof aus dem Leben geschieden war und die Witte allein auf dem Hofe lag, niemand mehr befaßen mochte.

\*) Wegen der Witte!



